„Politikwechsel für Deutschland“: Das Wahlprogramm von CDU/CSU

Aktualitätenservice Januar 2025 / © Westermann Gruppe / Autor: Veit Straßner

Logo: CDU/CSU

M1 Das Wahlprogramm von CDU/CSU

Das gemeinsame Wahlprogramm von CDU und CSU für die Bundestagswahlen 2025 umfasst insgesamt 81 Seiten, die Kursfassung des Programms zehn Seiten. CDU und CSU haben die zentralen Aspekte ihrer Programmatik in einem „10 Punkte Plan“ zusammengefasst.

10 Punkte Plan: Politikwechsel für Deutschland

1. Für Fleiß, der sich wieder lohnt: Wir senken die Steuern und entlasten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Wir stellen Überstundenzuschläge steuerfrei. Wir schaffen das sogenannte „Bürgergeld“ ab und führen eine Neue Grundsicherung ein. Wer arbeiten kann, muss auch arbeiten. Wir wollen für die da sein, die wirklich Hilfe benötigen.

2. Für neues Wachstum und sichere Arbeitsplätze: Die Ampel hat Deutschland in die Rezession geführt. Wir bringen Deutschland wieder nach vorne. Wir senken die Unternehmenssteuer auf 25 Prozent, befreien die Wirtschaft von Bürokratie und geben wieder Planungssicherheit. Wir stehen zur Automobilindustrie und wollen das Verbrenner-Verbot wieder rückgängig machen.

3. Für Null-Toleranz und eine starke Polizei: Mit elektronischen Fußfesseln für Gewalttäter gegen Frauen, Videokameras an Brennpunkten und Speicherung von IP-Adressen sorgen wir für mehr Sicherheit. Die Cannabis-Legalisierung ist ein Konjunkturprogramm für Kriminalität und eine Gefahr für unsere Jugend. Deshalb machen wir sie wieder rückgängig.

4. Für eine Wende in der Migrationspolitik: Die Belastungsgrenze ist überschritten. Wir stoppen die illegale Migration schon an unseren Grenzen und setzen auf konsequente Zurückweisungen. Die Express-Einbürgerung der Ampel machen wir rückgängig ebenso wie die generelle Möglichkeit der doppelten Staatsbürgerschaft.

5. Für bezahlbare Energie und mehr Effizienz: Ampel-Ideologie kommt unserem Land teuer zu stehen. Wir setzen auf Technologieoffenheit. An der Option Kernenergie halten wir fest. Wir senken Stromsteuer und Netzentgelte. Wir machen die Kosten für energetische Sanierungen von der Erbschaft- und Schenkungsteuer abzugsfähig. Habecks Heizungsgesetz schaffen wir ab.

6. Für starke Familien: Wir wollen Familien entlasten und sie finanziell durch eine Weiterentwicklung des Kinderfreibetrags und die Erhöhung des Kindergeldes stärken. Am Ehegattensplitting halten wir fest. Zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf unterstützen wir die Kinderbetreuung stärker und sorgen für mehr Flexibilität bei der Arbeitszeit.

7. Für unsere Landwirtschaft: Wir sind der Anwalt des ländlichen Raums und seiner Menschen. Landwirte sind die Garanten unserer Ernährungssicherheit und verdienen Wertschätzung – nicht Gängelung. Wir führen die Agrardieselrückvergütung wieder ein.

8. Für ein Digitalministerium für Deutschland: Wir wollen aus technologischem Fortschritt einen Wohlstandsgewinn für Deutschland machen. Deshalb wollen wir die Zuständigkeiten für Digitalisierung zukünftig in einem Ministerium bündeln.

9. Für sichere Renten: Rentenkürzungen wird es mit uns nicht geben. An der bestehenden Regelung zum Renteneintrittsalter halten wir fest. Wer freiwillig länger arbeiten will, kann mit unserer Aktivrente bis zu 2.000 Euro steuerfrei monatlich verdienen. Mit einer Frühstart-Rente sorgen wir für eine Altersvorsorge von Kindesbeinen an.

10. Für Frieden, Freiheit und Sicherheit: Wir müssen uns verteidigen können, um uns nicht verteidigen zu müssen. Wir statten die Bundeswehr so aus, dass sie wieder voll verteidigungsfähig wird. Für uns gilt: mindestens zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts.

Quelle: CDU/CSU: 10 Punkte Plan: Politikwechsel für Deutschland. In: www.politikwechsel.cdu.de

M2 Parteienprofile: CDU und CSU

Die **Christlich Demokratische Union Deutschlands** (CDU), gegründet 1945, bezeichnet sich als „Volkspartei der Mitte“ mit christlich-sozialen, liberalen und wertkonservativen Wurzeln. Sie leitet ihr Handeln vom „christlichen Menschenbild“ ab. Sie ist in allen deutschen Bundesländern aktiv, außer in Bayern. Dort steht dafür die Christlich Soziale Union (CSU) zur Wahl. Diese sieht ihre Wurzeln in der katholischen Soziallehre, der protestantischen Sozialethik, dem Humanismus und der Aufklärung sowie in freiheitlichen und wertkonservativen Überzeugungen. CDU und CSU bilden im Deutschen Bundestag eine gemeinsame Fraktion. Innerhalb der CDU gibt es drei einflussreiche Strömungen: den christlich-sozialen Flügel, der sich in der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA) organisiert, den wirtschaftsliberalen Flügel, der sich in der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung organisiert, sowie den konservativen Flügel, der sich im Berliner Kreis organisiert. Die Junge Union ist die gemeinsame Jugendorganisation der CDU und der CSU.

Quelle: Wahlprogramme: Wofür steht welche Partei? In: www.mitmischen.de

M3 Christdemokratische Parteien

Die Wählerbasis der christlich-demokratischen Parteien liegt überwiegend im christlich/religiös-konservativen Milieu. [...] Viele Parteien mit dem ‚C‘ im Namen haben sich [...] zu Catch-All-Parteien entwickelt. [...] Die christlich-demokratischen Parteien stehen darüber hinaus auch für Aspekte der sozialen Verantwortung, des sozialen Ausgleichs und damit verbunden des Wohlfahrtsstaates [...]. Letztlich geben sie sich [...] häufig als staatsorientierte Parteien, die einen starken bis autoritären Staat wollen und so liberalen und individualistischen Policies [Politikfeldern/Themenbereichen] eine klare Absage erteilen.

Quelle: Michael Holländer: Konfliktlinien und Konfiguration der Parteiensysteme in Ostmitteleuropa 1988-2002, Norderstedt 2003, S. 60.

M4 Kommentare und Einschätzungen

a) Es gibt [...] klare Alternativen: Auf der linken Seite wollen SPD, Grüne und die Linkspartei – grob gesagt – Schulden machen, um in Zeiten knapper Kassen in die Infrastruktur zu investieren, um Wirtschaft und Gesellschaft klimaneutral zu ¬gestalten und dabei das Sozia¬le nicht zu vergessen. Und auf der anderen Seite setzen Union und FDP auf die Schuldenbremse und wollen unter anderem mit Steuersenkungen, von denen vor allem Unternehmen und Besserverdienende profitieren würden, sowie Kürzungen beim Bürgergeld und den Geflüchteten die Wirtschaft wieder in Gang bringen. Weil Wirtschaftswachstum die Grundlage für alles sei, wird diesem alles untergeordnet. [...]

Der Rückschritt [im Wahlprogramm der CDU] schreit einen geradezu an [...]. CDU und CSU wollen nicht nur die Fortschritte der Ampelregierung wie erleichterte Einbürgerungen, das Selbstbestimmungsgesetz und die Teillegalisierung von Cannabis rückabwickeln sowie das Bürgergeld und das Heizungsgesetz wieder abschaffen. [...] Mit neuen Leuten wolle man künftig „eine sehr konservative Law-and-Order-Politik“ umsetzen. Besonders deutlich wird das beim Thema Migration: Zurückweisungen an den deutschen Grenzen verspricht die Union nun [...]. Das alles wäre [...] nicht nur humanitär fragwürdig und sehr teuer, es ist auch mehr als unklar, ob das rechtlich überhaupt zulässig ist.

Letzteres trifft übrigens auch auf die hohen Einsparmöglichkeiten beim Bürgergeld zu, die die Union verspricht. Aber nachdem CDU und CSU das Bürgergeld, das sie einst mit beschlossen haben, mit ihren zahlreichen Attacken in Verruf gebracht haben, lässt sich mit dem alten Bild vom „faulen Arbeitslosen“, dem man einheizen will, eben wunderbar Wahlkampf machen. Was im Übrigen auch für jenes vom „kriminellen Ausländer“ gilt. [...]

Der Zeitgeist hat sich nach rechts verschoben, und die Wirtschaftskrise samt Inflation und der Sorge um die Arbeitsplätze im Land überlagern vieles. Möglicherweise wünschen sich viele Menschen genau die Politik, die die Union mit Kanzlerkandidat Friedrich Merz verspricht.

b) Wahlprogramme sind keine Gesetzesentwürfe. Insofern ist es normal, dass nicht jeder Vorschlag bis auf den letzten Euro durchgerechnet ist. Bei den wirtschaftspolitischen Punkten im Entwurf des Wahlprogramms der Union aber ist der Unterschied zwischen Wunsch und Wirklichkeit so groß, dass man sich fragen kann, wie ernst das alles gemeint ist.

Ein kurzer Auszug aus dem Forderungskatalog: Die Unternehmenssteuerbelastung soll [...] gesenkt werden, der Solidaritätszuschlag [...] komplett gestrichen werden. Der Einkommensteuertarif soll abgeflacht und die Einkommensgrenze für den Spitzensteuersatz erhöht werden. Man kann die Kosten dieser Maßnahmen anhand der Steuerstatistik ungefähr beziffern. [...] Macht insgesamt rund 50 bis 60 Milliarden Euro. [...] Die Erfahrung zeigt, dass sich solche staatlichen Mindereinnahmen zumindest kurzfristig nicht durch ein stärkeres Wachstum von selbst finanzieren. Es gibt daher logisch betrachtet drei Möglichkeiten: Man kann die Schulden erhöhen, Ausgaben streichen oder an anderer Stelle die Steuern erhöhen. Eine Reform der Schuldenbremse aber ist laut Wahlprogramm nicht vorgesehen, und die Streichliste von Friedrich Merz bleibt eher abstrakt. [...]

Ähnlich unkonkret ist die Lage beim Bürgergeld. Die Union will es abschaffen und durch ihr Modell einer „neuen Grundsicherung“ ersetzen, das sich wieder stärker an Hartz IV orientiert. Allerdings kostete Hartz IV den Staat im letzten Jahr vor der Umstellung der Leistung gerade einmal fünf Milliarden Euro weniger als das Bürgergeld. Damit allein wird man die Entlastungen nicht finanzieren können [...]. Kurzum: Die Rechnung geht nicht auf. [...] So wird das nichts mit dem versprochenen „Politikwechsel für Deutschland“. Die Grundrechenarten gelten auch, wenn Friedrich Merz regiert.

Quellen: a) Sabine am Orde: Wahlprogramm von CDU und CSU: Der Zeitgeist als Wählerklient. In: www.taz.de (20.12.2024); b) Mark Schieritz: CDU-Wahlprogramm: Diese Rechnung geht nicht auf. In: www.zeit.de (14.12.2024).

Aufgaben zum Thema

1. Gebt in eigenen Worten die zentralen Inhalte des Wahlprogramms von CDU/CSU wieder (M1).
2. Erarbeitet anhand von M2 und M3 typische Elemente christdemokratischer Parteien und untersucht M1 daraufhin.
3. Fasst die Einschätzung der Kommentatoren (M4) in eigenen Worten zusammen.
4. Diskutiert, ob CDU und CSU angemessene Lösungen für die derzeitigen Herausforderungen anbieten.
5. Bonusaufgabe: Sucht im Netz den „Wahl-O-Mat“ der Bundeszentrale für politische Bildung und versucht aufgrund eurer erarbeiteten Kenntnisse zum Unions-Programm diejenigen Antworten anzukreuzen, von denen ihr glaubt, dass sie der CDU/CSU-Position entsprechen.

Aktualitätenservice Januar 2025 / © Westermann Gruppe / Autor: Veit Straßner